

Sehr geehrte Damen und Herren !

Der Beitritt Österreichs zur EU hatte die Angleichung des österreichischen Waffenrechts an eine Richtlinie des Rates von 1991 über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen notwendig gemacht. Ziel dieser Richtlinie war gar nicht vorrangig die Bekämpfung der Waffenkriminalität: Sie sollte vielmehr ein gewichtiges Argument gegen die Abschaffung der Binnengrenzen entkräften, nämlich unterschiedliche nationale Waffengesetzgebungen. Inhaltlich orientiert sich die Richtlinie an den zum Teil extrem strengen nationalen Standards in Deutschland und in England.

Österreich hat 1996 daher mit dem neuen Waffengesetz, die EU-Richtlinie korrekt umgesetzt. Dieses Gesetz gilt es zu vollziehen und zu kontrollieren.

Die ÖVP setzt sich daher vehement gegen die öffentliche Diffamierung von hunderttausenden rechtstreuen Waffenbesitzern als „Waffennarren“ ein. Die ÖVP garantiert, daß es mit ihr keine Zustimmung zu einem Verbot von privatem Waffenbesitz geben wird. Unsere Waffengesetzgebung soll sich gegen die Kriminalität und das organisierte Verbrechen richten, nicht aber gegen gesetzestreue Staatsbürger.

Wir haben uns, trotz einer fast einzigartigen politischen und medialen Kampagne gegen die privaten Waffenbesitzer - betrieben vor allem von der SPÖ und den Ampelparteien Grüne und LIF - nicht von dieser Linie abbringen lassen. Wir haben nicht zugelassen, daß es zu inhaltlich nicht gerechtfertigten, ja sogar kontraproduktiven Verschärfungen des neuen Waffengesetzes gekommen ist. Diesen Kurs werden wir beibehalten. Wir werden weiter Ihre Interessen vertreten.

Auch im Europäischen Parlament finden Sie in unserer Spitzenkandidatin Ursula Stenzel und dem EU-Sicherheitssprecher der ÖVP Dr. Hubert Pirker eine starke Vertretung Ihrer und unserer Interessen. Sie werden sich dafür einsetzen, daß gute österreichische Regelungen unter keinen Umständen durch einen linken Vorstoß zu Fall gebracht werden. Dies haben sie schon in der Frage der Anti-Drogen-Politik oder beim Problem der illegalen Zuwanderung eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Wir bitten Sie daher am 13. Juni, bei der Wahl zum Europäischen Parlament, von Ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und die ÖVP zu stärken. Nur so können wir auch in Zukunft in Ihrem Interesse Fragen des Waffengesetzes mitgestalten und mitentscheiden.

Mit freundlichen Grüßen

Handwritten signature of Maria Rauch-Kallat in black ink.

Abg.z.NR Maria Rauch-Kallat
Generalsekretärin

Handwritten signature of Othmar Karas in black ink.

Mag. Othmar Karas
Generalsekretär